

Die deutsche Interessenlage heute

von Klaus Hornung

Die Zeit ist vorbei, wo "die Entsorgung von Souveränitätspflichten" das "geheime Staatsziel" der alten Bundesrepublik war (wie Herbert Kremp einmal gesagt hat). Die Berliner Republik ist nicht mehr länger "eine Ökonomie auf der Suche nach dem politischen Daseinszweck" (Henry Kissinger). Dies ist der Versuch zu einer kurzen Skizze der Interessenlage unserer neuen deutschen, der Berliner Republik, in sieben Thesen und einigen weiteren Ausführungen.

An erster Stelle steht unsere Aufgabe, unseren verbliebenen eigenen Raum in der Mitte Europas zwischen Rhein und Oder so optimal wie möglich zu stabilisieren. Das ist heute zugleich eine nationale und eine europäische Aufgabe. Im deutschen wie im europäischen Interesse müssen wir heute alles daran setzen, einen Stabilitätskern in Europa zu bilden und zu bewahren, der Stabilität ausstrahlt auch auf die Reformstaaten an unserer östlichen Grenze. Multikulturelle Träume unserer rotgrünen Ideologen sind dafür ungeeignet. Unser Interesse ist es, Flüchtlingsströme gar nicht erst entstehen zu lassen. Unsere sozialökonomischen Aufgaben sind enorm genug, man denke nur an die Erhaltung einer stabilen, bewährten Währung, den Kampf gegen die strukturelle Arbeitslosigkeit, die auf Dauer unsere freiheitliche Demokratie bedrohen muß, an die gewaltigen Umweltaufgaben in den neuen deutschen Ländern und in ganz Osteuropa als teuflische Hinterlassenschaft des Kommunismus.

Dieses wiedervereinigte Land in der Mitte des Kontinents ist lebensnotwendig an der Aufrechterhaltung seiner "Westbindung" interessiert. Sie zu lösen oder auch nur zu lockern bis hin zu einem deutschen "Sonderweg" und zu einer Schaukelpolitik "zwischen Ost und West" wäre lebensgefährlich, für unsere Freiheits und Wohlstandssicherung gleichermaßen katastrophal. Gerade unsere Mittellage verbietet uns nach allen Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit wie angesichts der aktuellen Realitäten eine exklusiv nationalstaatliche Politik und gebietet supranationale Kooperation, wo immer sie möglich und sinnvoll ist.

Vorstellungen, in dieser Lage an "Tauroggen" (1812) oder "Rapallo" (1922) anknüpfen zu können, sind im Licht der Realität romantische Chimären. Der Versuch einer Anlehnung an Rußland gleicht heute dem Werfen eines Ankers in einen Sumpf. Selbst die Ausdehnung des "Stabilitätsexports" auf die Russische Föderation hat angesichts der damit verbundenen ökonomischen Größenordnungen deutliche Grenzen. Natürlich sind wir an einer Fortsetzung und Vertiefung des dortigen Reformprozesses vital interessiert. Aber auch das Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik vom April 1994 betont zurecht, daß dieser Prozeß alles andere als unumkehrbar ist und daß hier Überraschungen nicht auszuschließen sind.

Unser Verhältnis zur Russischen Föderation wird also vor allem davon bestimmt werden, daß Moskau die Souveränität und territoriale Integrität aller Staaten der GUS und des ehemaligen Warschauer Paktes achtet. Nur unter dieser Kondition kann die "Partnerschaft für den Frieden" mehr sein als eine wohlklingende Vokabel.

Die neue geopolitische Konstellation seit 1990 hat Auswirkungen auch und nicht zuletzt auf die Europapolitik. Die Strategie muß hier deutlich heißen: Erweiterung des europäischen Ordnungsrahmens, nach Osten von Reval bis Zagreb, auch durch "enge Anbindung an übergreifende Sicherheitsstrukturen" (Weißbuch). Deutsches und europäisches Interesse ist es, daß das westliche Verbundsystem nicht an der deutschen Ostgrenze von 1990 endet. Die

Berliner Republik mit ihren 80 Millionen Einwohnern ist für das bisherige EG Europa eine "kritische", d. h. kaum integrierbare Größe, im Rahmen gesamteuropäischer Erweiterung und Vernetzung hingegen ist sie eine "verträgliche Kooperationsgröße" (Heinz Kiefer).

Diese Priorität der Erweiterung "Europas" nach Osten hat natürlich Rückwirkungen auf die bisherige Europapolitik. Der Umbruch von 1990/ 91 hat den Vertrag von Maastricht zu guten Stücken überholt. Nicht nur, weil die dort vereinbarten "Konvergenzkriterien" eine für die meisten Mitgliedstaaten unerreichbare Meßlatte sind; nicht nur, weil das Bundesverfassungsgericht bekanntlich die für das deutsche Interesse notwendigen Korrekturen vorgenommen hat, wonach die Europäische Union eine konföderative Staatengemeinschaft, ein "Staatenverbund", nicht ein nur auf Brüssel ausgerichteter Bundesstaat sein dürfe und nur so mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Der Ansatz bei der Währungsunion war als solcher schon ein Bauen dieses Gebäudes gewissermaßen vom Dach hervor allem deshalb, weil Paris und London zur Preisgabe der nationalen Souveränität besonders in der Außen und Sicherheitspolitik gar nicht bereit waren und sind. Beide sind bekanntlich Kernwaffenmächte.

Daraus ergaben sich für die absehbare Zukunft auch institutionelle Konsequenzen für die Weiterentwicklung der europäischen Unionsstrukturen. Dazu gehört eine deutliche Reduzierung der Kompetenzen und Behörden der Europäischen Kommission, die in den letzten Jahren immer mehr auswucherten und so an der heutigen EuropaSkepsis in allen Mitgliedstaaten wesentlich mitschuldig sind. Erstaunlicherweise hat die EU bis heute zu keiner klaren Abgrenzung der Gesetzgebungsbefugnisse der Kommission einerseits und der Mitgliedstaaten andererseits gefunden (was sie zu einer Politik der "normativen Kraft des Faktischen" geradezu ermuntern mußte). Dies wird daher eine institutionelle Aufgabe für die nahe Zukunft sein, die auf eine klar staatenbundliche Struktur abzielen muß und die die Gesetzgebung und nicht zuletzt auch die finanzielle Ausstattung der Kommission wieder stärker als in den letzten Jahren an die ausdrückliche Zustimmung der nationalen Parlamente bindet. Der beste Dienst der deutschen Volkswirtschaft für Gesamteuropa besteht in der Wiedergewinnung ihrer Leistungskraft, die nicht durch Gemeinschaftsbeschlüsse nivelliert und reduziert werden darf. Hier wird dann auch das sensible Thema des deutschen Beitrages zum europäischen Kohäsionsfonds diskutiert werden müssen, der künftig mehr nach Osten als nach Süden gelenkt werden sollte als einem vorrangigen Feld deutschen Interesses.

Weder die Europäische Union noch die "Westeuropäische Union" (WEU) noch gar das Diskussionsforum der OSZE (dem heute sogar die asiatischen GUSStaaten angehören) können die Nordatlantische Allianz unter amerikanischer Führung ersetzen. Sie ist der wichtigste politischmilitärische Stabilitätsanker der europäischatlantischen Region, dessen Funktion durch das Ende des "Kalten Krieges" nicht überflüssig geworden ist, sondern gestärkt und ausgebaut werden muß, wie das auch ihr verstorbener Generalsekretär Manfred Wörner immer betont hat. Sie allein garantiert die Präsenz der Vereinigten Staaten in Europa und sie allein ist in Krisenfällen handlungsfähig, während die Europäische Union und die UNO hier kläglich versagen, wie das Lehrstück des Balkankrieges zeigt. Diesem Europa fehlt bis heute der Konsens politischen und militärischen Handelns. Die Präsenz der USA dient darüber hinaus auch dem innereuropäischen Machtausgleich.

Sicherlich sind Zeichen der Destabilität auch in den USA nicht zu verkennen, wo die Spannungen zwischen Rassen und Kulturen zunehmen, 50 Prozent der Kinder Kaliforniens im Jahre 2030 Spanisch sprechen werden, die Konflikte etwa zwischen Juden und Schwarzen in New York wachsen, zwar die Zahl der Raucher ab, aber die der Drogenkonsumenten zunimmt. Die Defizite innerer Sicherheit, in Verkehr und Umwelt, im Erziehungs und

Gesundheitswesen sind unübersehbar, wiewohl wir in Deutschland jetzt ähnliche Entwicklungen haben. Aber noch sind die USA derzeit die einzige Macht, die fähig ist zum globalen Manöver und daher für die globale Stabilität unerlässlich. Das Interesse der Berliner Republik am engen Verbund mit ihr ist unübersehbar, zugleich freilich auch die Erwartung Washingtons, daß das wiedervereinigte Deutschland seinen gebührenden Lastenanteil besonders in Europa übernimmt, was nicht verwechselt werden sollte mit dem Bild einer allzeit bereiten deutschen Interventionsmacht, wie es unsere Linke gerne zeichnen möchte.

Abschließend noch einige Worte zu den geistigen Grundlagen der deutschen Nation: Es mag zwar einige Berechtigung sein in der Meinung mancher Historiker, in Deutschland seien die Freiheits- und die Nationalbewegung, wie sie anfangs, in den Befreiungskriegen bei der Patrioten- und Reformpartei der Scharnhorst, Gneisenau, Freiherr vom Stein, Clausewitz etc. oder in der Urburschenschaft von 1817 bestand, im Lauf des 19. Jahrhunderts auseinandergetreten. Die Bismarcksche Reichsgründung

von oben" und mit Preußen als Hegemonialmacht habe diese Synthese angeblich vollends gesprengt. Diese Frage kann hier nicht erörtert werden, aber wenigstens ein Wort dazu: die Freiheitssubstanz im Bismarckreich ist nicht so gering gewesen wie Nachgeborene manchmal meinen! Und heute?

Symbolik von großer Kraft

Im Blick auf die Revolution "von unten" im Jahre 1989 gilt, daß der damalige Aufbruch in der "DDR" ganz eindeutig ebenso eine freiheitlich-antitotalitäre wie auch eine nationale Revolution gewesen ist. Die Fahnen, Demonstrationen und Sprechchöre in Leipzig, Berlin, Dresden, Magdeburg usw. symbolisierten die glückhafte Synthese demokratischer und nationaler Freiheit: "Wir sind das Volk!" und "Wir sind ein Volk!" wirkten wie die zwei Seiten derselben Fahne. Das war eine Symbolik von großer Kraft, Ausdruck des Willens, die importierte Sowjetdiktatur zu beseitigen und nach dem Unheil von zwei totalitären Diktaturen in Deutschland die Kontinuität und Normalität der neueren deutschen Geschichte die Einheit in Freiheit wiederherzustellen.

Das ist ein verpflichtendes Vermächtnis, das wir inmitten des oft schweren Alltags des deutschen Einigungsprozesses nicht verlieren dürfen! Hier finden wir die Orientierung, die wir Deutsche heute brauchen: In einem Nationalbewußtsein, um mit Johann Gottfried Herder zu sprechen: gleich weit entfernt von einem engstirnigen "Nationalwahn" und von "kosmopolitischer Schwärmerei"; ein Nationalbewußtsein, das durch die Kräfte der Freiheitlichkeit und Humanität ausbalanciert wird und so zu einem stabilisierenden Faktor in Europa werden kann. Dieser erneuerte deutsche Nationalstaat von 1990 steht vor der Aufgabe, aus dem unruhigen Pendeln der deutschen Mentalität zwischen "Machtversessenheit" und "Machtvergessenheit" (Hans Peter Schwarz) hervorzutreten in die Normalität verantwortlicher Interessenpolitik. In der Nische ihrer Teilung und der dadurch möglich gewordenen fehlenden letzten Verantwortlichkeit für das eigene Schicksal hatten sich bei uns Deutschen wieder jene unpolitischen Denk- und Verhaltensgewohnheiten entfalten können, die wir auch aus anderen Abschnitten der deutschen Geschichte kennen: die "Flucht vor der Macht" (Gregor Schöllgen), die Konfliktscheu, die paradoxe Neigung, überall beliebt sein zu wollen und sich selbst dabei kaum ausstehen zu können, oft gesteigert bis zu einem nationalen Selbsthaß in manchen unserer politischen und intellektuellen Quartiere. Sollten die Deutschen in ihrer Mehrheit und gerade auch in ihren funktionalen Eliten den Willen zur Selbstbehauptung ihrer Identität eingebüßt haben, wäre das angesichts der neuen

Herausforderungen nach 1990 eine neue Katastrophe, nicht nur für sie selbst, sondern für ganz Europa ähnlich wie der einstige extreme Nationalismus der HitlerAra.

Ich komme zum Schluß. Der Kommunismus kann nicht auf Dauer überwunden bleiben nur durch einen geistlosen Konsumismus; die Freiheit kann nicht gesichert werden durch Beliebigkeit eines jeden, durch eine individualistische Massendemokratie. Geist, Kultur, Ethos, Tugenden sind eben keine "Petersilie am Wirtschaftsbraten". Sie gleichen im Leben eines Gemeinwesens vielmehr den lebensnotwendigen Vitaminen und Enzymen in unserem Organismus ebenso unsichtbar aber unverzichtbar wie diese.

Unsere Aufgabe nach dem Ende der Epoche der totalitären Utopien und ihrer Vormundschaft über unser politisches wie privates Leben ist deutlich genug. Die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher hat sie einmal auf die glückliche Formel gebracht: "Laßt uns ein Europa bauen, das der Freiheit würdig ist!" Das ist in der Tat die Quintessenz des Ganzen: Keine Freiheit ohne die Würde des einzelnen und des gesamten Volkes. Freiheit braucht elementare Voraussetzungen, Vorbedingungen, die geleistet sein müssen, wenn Freiheit gedeihen soll: Ich nenne sie praktizierte Tugenden anstelle des ebenso niedrigen wie dummen Grundsatzes "Hol dir so viel vom allgemeinen Kuchen, wie du kriegen kannst!" Es sind Tugenden des Gemeinsinns, der Zivilcourage, der Wahrheitsliebe, des Denkens an die kommenden Generationen. Man kann eben nicht nur auf die heute eher hypertroph diskutierten Menschenrechte pochen, sondern muß auch die korrespondierenden Menschenpflichten erfüllen! Der englische Politdenker Edmund Burke hat als Zeitgenosse der Französischen Revolution vor 200 Jahren deshalb einmal formuliert, der Staat sei eben keine Handelsgesellschaft mit Pfeffer und Kaffee, die man betreibt, "solange man Lust hat und die man aufgibt, wenn man seinen Vorteil nicht mehr absieht." Er sei vielmehr "eine Verbindung von ganz anderer Art und von ganz anderer Wichtigkeit", nämlich "eine Gemeinschaft zwischen denen, welche leben, denen, welche gelebt haben, und denen, welche noch leben werden". Die gesamte europäische Geistesgeschichte ist ein wahres Schatzhaus der geistigen Elemente, ohne die Europa keine Zukunft haben kann, von Platon und Aristoteles, Augustinus, Thomas von Aquin, Dante, Luther, Kant, Hegel, Montesquieu, Tocqueville, Burke, Kolakowski, Schmitt, bis zu Heidegger und Jaspers. Unsere Vision ist ein Europa mit so viel Gemeinsamkeit wie nötig und so viel Vielfalt wie möglich, um sich in der Welt zu behaupten; ein Europa freier und stolzer Nationen und Vaterländer, in denen die Mehrheit weiß, worum es geht: "der Freiheit würdig zu sein".

Prof. Dr. Klaus Hornung studierte Geschichte, Politikwissenschaft, Germanistik und Anglistik. Er lehrte an der Pädagogischen Hochschule Tübingen und an der Universität StuttgartHohenheim, hielt Gastvorlesungen an Universitäten in Kairo und Johannesburg. Autor zahlreicher Veröffentlichungen, darunter als jüngster Band "Gerhard von Scharnhorst. Soldat Reformer Staatsmann" (siehe Buchbesprechungen). Mitglied des Beirates der SWG.